



Nov. 2012
Nr. 5

Freiburg – Stadt für Alle?!

Bezahlbarer Wohnraum ist die halbe Miete

Das „Recht auf Stadt“ - Netzwerk ruft zu einer Demonstration am 10.11.12 um 13 Uhr auf dem Stühlinger Platz auf.

Das Motto der Demonstration lautet „Bezahlbarer Wohnraum ist die halbe Miete“ und greift damit die unglaublich hohe Mietbelastung (44% des Einkommens) in Freiburg auf. Das Halbieren der Miete wäre daher ein erster wichtiger Schritt.

Aber: Das ist auch nur die halbe Miete! Es geht um mehr als den Mietpreis, um mehr als die eigenen vier Wände. Es geht um die Stadt als Ganzes.

Und dazu gehört auch, dass wir Alle gleichberechtigt mitbestimmen wollen, wenn es darum geht, wie unsere Stadt aussehen soll – sei es Gutleutmatte, Technisches Rathaus oder Innenstadt. Für echte Teilhabe am öffentlichen Leben braucht es zudem öffentliche Räume, in denen wir uns aufhalten und treffen können, ohne Überwachung, Konsumzwang oder Ausgrenzung.

Auch die Ausgrenzung einzelner Gruppen widerspricht einem Recht auf Stadt. Zwei Beispiele in Freiburg sind der Umgang mit Wohnungslosen und mit Flüchtlingen. Sondereinrichtungen statt dezentraler Unterbringung führen in beiden Fällen dazu, dass diesen Menschen ihre Privatsphäre und ihre Selbstbestimmung genommen wird. Gleichzeitig werden sie dadurch noch mehr von einer vermeintlichen „Mehrheitsgesellschaft“ getrennt gehalten.

Eine Stadt für Alle muss sich zudem mit der allgemeinen sozialen Ungleichheit innerhalb der Stadt auseinandersetzen. Die Spaltung Freiburgs in Ost und West drückt sich aus in der Armutsschere, aber auch in der Infrastruktur. Dabei darf es aber nicht nur um eine gleichmäßige Verteilung der Armut in der Stadt gehen, sondern um die Überwindung der Armut. Ihre gesellschaftlichen Ursachen müssen bekämpft werden. Mieten runter – Löhne hoch! Auch dies nur ein erster Schritt...

Wir stellen in Frage, dass Wohnen überhaupt eine Ware sein darf und dadurch für Profitinteressen missbraucht wird. Die Frage ist nicht nur, ob alle ihre Wohnung bezahlen können, sondern ob sie ihre Wohnung bezahlen müssen. Gerade bei Wohnungen,

RECHT - AUF - STADT - NETZWERK - TREFFEN

Jeden **2. Freitag im Monat um 20 Uhr** im Syndikats-Büro auf dem Grethergelände (Adlerstr. 12). Das nächste Treffen findet am **9. November** statt. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

www.rechtaufstadt-freiburg.de

TERMINE

- 9.11./14.12. „Recht auf Stadt“ - Treffen | 20 Uhr
- 6./ 20.11. Gemeinderatssitzungen | jeweils 16.15 Uhr
- 10.11. Demonstration des „Recht auf Stadt“ - Netzwerkes | 13 Uhr | Stühlinger Kirchplatz
- immer Freitags 19 Uhr | Iz3w Radio-Reihe: Stadt für Alle | rdl.de 102,3 UKW | www.iz3w.org/news/StadtRadio

AUSSERDEM

NEUBAU ALLEIN – BESTANDSMIETEN DRÜCKEN!

Ähnlich wie in unserer letzten Ausgabe, hat sich nun auch der Hamburger Soziologe und Recht-auf-Stadt-Aktivist Andrej Holm auf seinem „Gentrification Blog“ und in der taz der aktuell herrschenden Neubaulegung, also der naiven Hoffnung, dass mehr (teurer) Neubau die Mietpreise entspannen würde, widersetzt. *„Eine soziale Wohnungspolitik ist nur gegen die Marktlogik durchzusetzen“* so Holm. Konkrete Ideen, wie dies aussehen könnte, hat Holm viele anzubieten: Sozialmieten sollten nicht einfach aus der Bindung fallen dürfen; energetische Sanierungen sollten nicht zulasten der MieterInnen stattfinden; Grundstücke und Wohnungen dürften nicht nach Höchstgebot verkauft werden; nicht-profitorientierte Bauträger müssten gefördert und Bauträger mit Quoten für den sozialen Wohnungsbau verpflichtet werden; Änderung der Grunderwerbssteuer; öffentliche Wohnungsunternehmen müssten auf ihren sozialen Auftrag verpflichtet werden; und es braucht sozialverträgliche Lösungen für bestehende Wohnungen. Insgesamt ist Holm der Meinung: *„Nötig sind zudem breitere Strategien für eine Organisation der Wohnungsversorgung jenseits des Marktes.“* Doch meist fehlt dazu der politische Wille. Unser Wille.

Daher: *Wir sollten uns treffen – 10.11.12, 13 Uhr, Recht auf Stadt-Demo „Bezahlbarer Wohnraum ist die halbe Miete“*

die im Schnitt nach 30 Jahren abbezahlt sind, ist es absurd, dass die Mieten trotzdem weiter steigen. Auch eine Green City ist noch lange keine sozial gerechte Stadt. Grüner Kapitalismus bleibt Kapitalismus.

* *Stadtpolitik von A-Z* zu finden auf www.rechtaufstadt-freiburg.de

STADT-FÜR-ALLE-NACHRICHTEN (Rückblick auf 15. September bis 15. Oktober)

FSB WOLLTE SOZIALAUFTRAG STREICHEN

Wie *rdl.de* berichtete, wollte die Stadt(bau) den sozialen und ökologischen Auftrag der FSB aus ihrem Gesellschaftsvertrag streichen. In einer Vorlage für die Gemeinderatssitzung am 16.10. (Drucksache G-12/206) waren diese Kriterien ersatzlos gestrichen worden. Nach Protesten wurde die Vorlage zurückgezogen und als Fehler eines Mitarbeiters dargestellt. Jedoch hätte die Streichung des Sozialauftrags im Grunde nur der bereits stattfindenden unsozialen Politik der FSB nachträglichen Satzungsrang verschafft. Spannend: In der BZ gab es zu diesem Thema nichts zu lesen.

FSB/I GESCHÄFTSFÜHRER – MEHR MACHT ALS DER OB!?

Neben dem Versuch der Streichung des sozialen Auftrags gibt es wohl auch den Anlauf, die "Kontrollfreiheit" der Geschäftsführung beim lukrativen Abverkauf der künftigen FSI-Häuser und Wohnungen, die für "nicht sanierbar" gehalten werden, auszuweiten. Während der OB bereits im Alleingang und ohne die Gremien Geschäfte bis zu 200.000 € abschließen darf, soll nun Klausmann's Portokasse etwas erweitert werden: bis zu einem Betrag von 500.000 € plus 20% Spielraum soll zukünftig der Alleingeschäftsführer der FSB alleine entscheiden dürfen.

ZWANGSRÄUMUNGSWELLE IN SPANIEN

Laut Medienberichte gab es in Spanien von April bis Juni 2012 47.943 Zwangsräumungen – das sind im Schnitt 526 pro Tag. Oft versuchen solidarische MieterInnen sich vor zu räumenden Wohnungen zu versammeln um dieses zu verhindern. Dem Menschenrecht auf Wohnraum steht ein massiver Leerstand gegenüber!

WOHNUNGSLOS IN FREIBURG

Aktuell befinden sich 18 Kinder und Jugendliche mit ihren Eltern bzw. Müttern in städtischen Notunterkünften. Dies brachte eine Anfrage der GAF zu

Tage. Der Verbleib in den Notunterkünften ist dabei in der Regel länger als sechs Monate. Gründe für die Wohnungslosigkeit sind Eigenbedarfskündigungen der Vermieter, Trennung der Eltern oder Zwangsräumungen. Auch hierzu gab es in der BZ bisher keine Berichterstattung.



BAUVEREIN-MIETERINNEN

MieterInnen des Bauvereins, deren Häuser abgerissen werden sollen, haben sich in einer Initiative zusammengeschlossen. Für sie ist es nicht nachvollziehbar, dass sie dies alles aus der BZ erfahren mussten (Demokratie in Genossenschaft?), und warum erneut in Freiburg Wohnraum abgerissen werden soll, der noch Jahrzehnte bewohnbar wäre, wie zuletzt in der J.-S.-Bach-Str. (Nachhaltigkeit?) und dabei bezahlbarer Wohnraum vernichtet wird (Verdrängung!).

VAUBAN EINSDREI

Die MieterInnen der verkauften LBBW-Wohnungen in der Vauban-Allee 1-3 haben von ihrem neuen Vermieter ein Verkaufsangebot bekommen. Vor kurzem wollten die Initiativen „VaubanEinsDrei“ ihre Häuser zusammen mit dem Mietshäuser-Syndikat kaufen (damals zusammen mit der Initiative aus der Langemarckstr.); ein gemeinsames Kaufangebot wurde damals jedoch abgelehnt. Nun werden die Wohnungen einzeln verkauft. Die Wertsteigerung, zwischen Kauf und nun Verkauf, welche die Patrizia AG innerhalb von Monaten gelten machen will, liegen bei ca. dem 3fachen – (Alb)traum-Rendite. In einem Brief an den OB erinnern sie ihn an seine großspurigen Versprechen sie zu

unterstützen – eine Antwort steht seit Wochen aus. Die ehemaligen Sozialwohnungsmieten werden nun massiv erhöht. Von 6,70€/qm kosten die neuvermieteten Wohnungen bereits 11,50€/qm.

STUDIUM UND WOHNUNGSNOT

Der bundesweite Studierenden-Zusammenschluss fzs startet die „Kampagne zur Bekämpfung studentischer Wohnungsnot“. Eine aktuelle Studie „Wohnraum für Studierende 2012“ zeigt, dass bei steigenden Studierendenzahlen die Zahl der Wohnheimplätze gesunken ist (Wohnkapazitäten: 1991 14,93%, 2012 10,63%). Durchschnittlich geben Studierende 35% ihres Einkommens für Mieten aus.

WEINGARTEN – LETZTE GRÜNFLÄCHE SOLL BEBAUT WERDEN

MieterInnen wehren sich gegen die geplante Bebauung der letzten grünen Flecken im Stadtteil. Mit einem öffentlichen Picknick machten sie auf die (mal wieder nur im Freiburger Westen stattfindende) Nachverdichtung aufmerksam.

SOZIALE STADT!? WEINGARTEN-WEST

Menschen in Weingarten befürchten, dass im Rahmen des „Sozialen Stadt“-Programms geplanten Sanierungen von Weingarten-West die dort lebenden Menschen, ja sogar aus der Stadt verdrängt werden. So gaben bei einer Umfrage 70% der MieterInnen an, dass sie bereits jetzt mehr als 50% ihres Einkommens für Miete zahlen.

„MARIA-HILF“ BEKOMMT HILFE!

In einer nicht-öffentlichen Sitzung hat die Pfarrgemeinde beschlossen das Gemeindezentrum, Maria-Hilf-Saal und Nebengebäude zu verkaufen. Dagegen organisieren sich nun "Bürger helfen Maria-Hilf", die die Intransparenz der Entscheidung sowie den Wegfall ihrer Räume kritisieren.